

GRÜNE / ÖDP im Bezirkstag Schwaben

4. Mai 2017

**Fragenkatalog zum TOP Ö 17 der Sitzung des Bezirksausschusses am 04.05.2017
Schaffung von 14 vollstationären Plätzen für ehemalige Maßregelvollzugspatienten in Günzburg**

Wir haben es in der Sitzungsvorlage mit einem Personenkreis zu tun, der wegen Unverhältnismäßigkeit des weiteren Vollzugs (aufgrund richterlicher Anordnung) entlassen werden muss.

Bei der Unterbringung nach § 63 StGB geht die Tendenz bei uns in Deutschland zu immer längeren Verweildauern in der Klinik. Im Bundesdurchschnitt haben die Maßregelvollzugspatienten heute bereits fast 7 Jahre, manchmal bis zu 10 Jahre Behandlungsdauer hinter sich, ohne dass eine Entlassung empfohlen würde.

Die schwierige Aufgabe des Maßregelvollzugs liegt darin, Sicherheit für die Bevölkerung einerseits und eine sinnvolle Therapie für die Patienten andererseits zu gewährleisten, um eine psychische Stabilität und Rehabilitation zu erreichen.

Dazu sollen neben forensischen Nachsorgeambulanzen auch soziale Empfangsräume geschaffen werden und die Maßregelvollzugspatienten schrittweise an ein Leben in Freiheit gewöhnt werden.

Hier stellen sich mir folgende Fragen:

- Wie viele Maßregelvollzugspatienten sind derzeit in Günzburg untergebracht?
Wie lange ist deren durchschnittliche Verweildauer, wie lange die Verweildauer derjenigen die länger als 7 Jahre untergebracht sind?
- Wie geht die Klinik damit um, wenn langjährig untergebrachte Patienten sich als „therapieresistent“ zeigen? Welche Maßnahmen werden ergriffen? Werden externe Fachärzte/ medizinisches Fachpersonal hinzugezogen?
- Wie hoch sind die Erfolgsquoten (Legalbewährungsquoten)?
- Findet ein Überleitungsmanagement statt? Gibt es betreute Wohngemeinschaften freier Träger zum „Probewohnen“ (Entlassung auf Bewährung)?
- Findet eine Zusammenarbeit mit den Angehörigen statt? Wie funktioniert das Home Treatment?

Sie sehen, die Sitzungsvorlage wirft viele Fragen auf, denen wir uns als politisch Verantwortliche stellen müssen.

Nach 25 Jahren Klinikaufenthalt ist eine Lösung unausweichlich und mehr als überfällig. Wer meint, jetzt, notgedrungen, schnell eine Lösung auf der Hand zu haben, lässt es an Sensibilität gegenüber dem Personenkreis vermissen.

Aufgabe der Forensik ist es nicht nur Patienten zu behandeln, es geht auch darum, soziale Empfangsräume außerhalb der Klinik zu schaffen.

Die Unterbringung in einem Gebäude, in dem Maßregelvollzugspatienten bereits mehrere Jahrzehnte verbracht haben, ist kein Gewinn an Freiheit und stellt keinen Fortschritt zum Wohle der Patienten dar.

Ich stimme dem vorgeschlagenen Standort daher nicht zu.

Die Anzahl der Plätze ist aus meiner Sicht zu hoch und bedarf einer weiteren Begründung.

Es stellen sich mir weitere Fragen:

- Müssen die Patienten, an dem von Ihnen favorisierten Standort unter den gleichen freiheitsbeschränkenden Sicherheitsbedingungen wie vorher leben?
- Ist es nicht sinnvoller, die Patienten in kleineren Wohngruppen als in dem genanntem Umfang wohnen zu lassen?
- Wie ist die personelle Ausstattung des neuen Standorts geplant (Sozialpädagogen, Therapeuten, Sicherheitskräfte)?
- Welche weiteren Folgekosten kommen auf den Bezirk zu (Umbau, Sanierung etc.)?

Kirsi Hofmeister-Streit

Bezirksrätin, Fraktionsvorsitzende GRÜNE/ÖDP

Mitglied im Bezirksausschuss